

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
bei Zahlung von unten Ausgabestellen; bei Postzahlung ins Ganze durch unsere Buchhändler in
der Stadt und auf dem Lande anderen Buchhändler, durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf.
Beleggeld. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal mit ein bis zwei Beilagen. —
— Nachdruck unter Originalunterschriften ist nur mit bester Genehmigung gestattet.
— Für Abdruck unersetzlicher Einladungen Verantwortlich nur beim Verwaltersamt.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
s. s. s. Illust. Unterhaltungsblatt
in neuest. Romanen und Novellen.
4. seit. landwirtsch. u. handelsbell.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile oder deren Raum für 14 Tage und andere
Anzeigen 10 Pf. Sonstige Anzeigen 25 Pf. auswärts 30 Pf. und
20 Pf. im Resteliste 40 Pf. Bei längerem Saß entwerfender Anzeigen
Mehrfach für Größeren nach Uebereinkunft. Für Werbungen und Chronikanten
sonstige Berechnung nach Abwärts mit Berücksichtigung der Zeitdauer.
— Anzeigenszeit für größere Oefentliche Anzeigen nur am Tage vorher. —
Anzeigen bis spätestens 9 Uhr. Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 149.

Mittwoch den 29. Juni 1910.

36. Jahrg.

Konfervative und Sozialdemokratie.

Wie gänzlich unberechtigt die fittliche Enttäuschung gerade der agrarischen D-gane darüber ist, daß die fortschrittliche Volkspartei ihren Mitgliedern bei der Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten und den Konservativen in Ueborn: Wollin die Stimmabgabe freigestellt hat, zeigen deutlich nachstehende Reminiscenzen, die in einigen Blättern veröffentlicht werden und die im gegenwärtigen Augenblick nicht ohne Interesse sind:

„Auf der am 21. Januar 1903 in Stettin tagenden Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte erklärte der Vorsitzende des Bundes, Abgeordneter Frhr. v. Wangenheim, im Hinblick auf die damals bevorstehenden Wahlen: „Ich halte es für viel besser, es kommt ein Sozialdemokrat in den Reichstag, als ein Freisinniger.“ Bei der wenige Tage vorher in Breslau stattgehabten Provinzialversammlung des Bundes gab derselbe Frhr. v. Wangenheim, nachdem er in scharfer Weise gegen den Freisinn Stellung genommen hatte, die Erklärung ab: „Deshalb müssen wir bei Stichwahlen zwischen einem Freisinnigen und Sozialdemokraten die feindlichen Kräfte unter sich lassen, denn jetzt müssen wir sagen: Besser ein Sozialdemokrat, als ein Freisinniger.“ Dieselbe „Deutsche Tageszeitung“, die jetzt nicht Worte genug findet, die Stellungnahme der fortschrittlichen Volkspartei in Ueborn: Wollin zu erklären, veröffentlichte am 20. Juni 1908 folgende „interessante“ Zuschrift eines Herrn C. v. Bonin aus Schoenwerder i. P., in der es u. a. bezüglich des Standpunktes der Wähler zu den Stichwahlen zwischen Sozialdemokratie und Freisinn wörtlich heißt: „Wähten wir doch endlich zum Wohle der Monarchie und des Vaterlandes einsehen, daß es, im Streite zwischen beiden feindlichen Kräften, besser ist, die Sozialdemokratie als das geringere Übel zu betrachten.“

Es ist jetzt auch zweifellos, daß Verhalten der Konservativen den Freisinnigen gegenüber bei den Wahlen von 1893 in Berlin genauer ins Gedächtnis zu rufen. Die Freisinnigen verloren damals die Berliner Wahlkreise 2, 3 und 5 dank der „Hilfe“ der Konservativen. In Berlin II waren bei der Hauptwahl Stimmen abgegeben: konservative 13218 (Wagner), freisinnige 14544 (Virchow), sozialdemokratische 26667 (Fischer), nationalliberale 3056, liberale 566, antisemitische 120 und zerplittert 196. Die Nationalliberalen und das Zentrum traten Mann für Mann für Virchow ein. Was aber machten die Konservativen? Sie gaben die Parole aus: „Strengste Stimmhaltung.“ Die „Kreuzzeitung“ bemerkte dazu (Juni 1903): „Da die Opposition in der Hauptsache aus Anhängern Richters oder Vebels besteht, darauf kommt zunächst nicht viel an. Der Unterschied liegt nur darin, daß die Sozialdemokratie an sich widerstandsfähiger erscheint; deshalb ist sie im Zweifelsfalle als der Hauptgegner anzusehen und zu behandeln.“ An einer anderen Stelle heißt es: „Man kann es bei der in Berlin herrschenden Erbitterung wohl verstehen, wenn dort die Konservativen im zweiten Wahlkreise beschloffen haben, durch Stimmhaltung Dr. Virchow zu Fall zu bringen.“ Die „konservative Korrespondenz“, das amtliche Blatt der konservativen Partei, veröffentlichte damals folgende Parole: „Dort, wo bei den Stichwahlen nur Gegner der Heresie vorliegen unter sich in Frage kommen, muß an der alten konservativen Wahlparole: „Kein konservativer Mann darf einem Freisinnigen oder einem Sozialdemokraten seine Stimme geben“ unter allen Umständen festgehalten werden.“

Noch deutlicher war die freikonservative „Post“, in welcher mehrfach zur Wahl des Sozialdemokraten aufgefordert wurde. Es beschloß nicht im geringsten etwas, wenn diese Aufforderungen in „Eingelände“ gelistet wurden. In der „Post“ war zu lesen, daß „alle Vaterlandsfreunde, denen die Erhaltung des äußeren und inneren Friedens am Herzen liegt“, in der Stichwahl ohne Rücksicht auf ihre sonstige Stellung zur Sozialdemokratie für den Sozial-

demokraten Fischer und nicht für Virchow, den Freisinnigen, stimmen mußten. „Das Durchfallen Virchows in einem Berliner Reichstagswahlkreis würde überdies von eminenter allgemeiner Bedeutung und Tragweite sein.“ — Die der konservativen Partei nahestehenden „Berliner Politischen Nachrichten“ brachten einen heftigen Artikel gegen die Freisinnigen mit dem Rat, bei den Stichwahlen zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten „der Abweisung gegen die Freisinnige Volkspartei den Zügel schiefen zu lassen.“ Die konservative Gesamtbewertung erfaßte „völlige Wahlhaltung“ bei den Stichwahlen in Berlin nicht nur, sondern ganz allgemein.

Es war denn auch kein Wunder, daß Virchow mit 19847 gegen Fischer mit 29359 Stimmen in der Stichwahl in Berlin II ausfiel und auch im 3. und 5. Wahlkreise die Sozialdemokraten siegten. In Berlin III wurden im ersten Wahlgang gezählt: Voghter (Soz.) 12732 Stimmen, Mündel (Freis.) 7919, Förster (Konj. u. Antis.) 4534, Kehler (Fr.) 318, zerplittert 94. Die engere Wahl ergab für Mündel 9700 und für Voghter 14068 Stimmen. In Berlin V stimmten in der Hauptwahl: sozialdemokratisch 9729 Wähler, freisinnig 7840, konservativ-antisemitisch 5143, liberal 255, nationalliberal 131, 95 Stimmen waren zerplittert. Die Stichwahl hatte folgendes Ergebnis: Baumbach (Freis.) 9272, Schmidt (Soz.) 11245 Stimmen.

Was die Konservativen demnach schon vor 17 Jahren getan haben, machen sie jetzt mit einem ungeheuren Aufwand von fittlicher Enttäuschung und selbstlichem Augenaufschlag den fortschrittlichen Wählern zum Vorwurf. Die Heuchler suchen auch bei dieser Gelegenheit im Trüben zu fischen, indem sie das Publikum angeht, das Quartalswechsel vor den bösen Freisinnigen wanken und dabei in die gleiche Tonart verfallen, wie die Sozialisepresse. Die Seelen verwandtschaft zwischen konservativen Agrariern und Sozialdemokraten läßt sich nun einmal nicht verleugnen, und wenn erstere noch so sehr über „Verrat“ und „Schmach“ des Freisinns schreien. Die etwas veraltete Komödie wird heute niemanden mehr täuschen.

Eine mißlaunige Verdroffenheit

beherrscht so schreibt die „Köln. Ztg.“ in einem Leitartikel „Mißtrauen“, das Bürgerium. Seit dem Ausschreiben des Fräulein Bülow habe die Unabgähigkeit eingelegt. Zunächst habe man immer noch auf eine Entwirrung der Dinge gehofft. Da brachte das Ausschreiben Dernburgs die erste Enttäuschung.

Wit über die Kreise des Liberalismus hinaus, so fährt das Blatt aus, hatte man überall da, wo man empfand, daß die Entfremdung und Entfremdung zwischen dem Bureaufatismus und Affektivismus unserer Regierenden und dem schnell pulkierenden Wirtschaftslieben der Nation immer größer wurde, den Eintritt dieses Geschäftsmannes in die Regierung als den Anbruch neuer und besserer Zeiten begrüßt. Herr Dernburg wurde ein populärer Mann und ist es heute mehr als je. Daß er sich freiwillig ausschiffte mit der ausdrücklichen Begründung, er könne bei dem gegenwärtigen Kurse nicht länger mitsteuern, deutete man im Lande als das erste Zeichen dafür, daß Herr v. Bethmann doch nicht gewillt sei, seine Theorie von der breiteren Grundlage in die Praxis zu übertragen. Dann folgte der Ministerwechsel in Preußen. Er kam etwas plötzlich, kam auch, vielleicht durch unglücklichen Zufall, zu schnell auf das Ausschreiben Dernburgs, als daß es hätte vermieden werden können, daß die Art, wie diese Kreise ihre Lösung fand, wiederum als Pflaster für die Gefinnung des Herrn v. Bethmann und als maßgebend für seine parteipolitische Orientierung angesehen wurde. Daß das geschah, dazu scheint Herr v. Bethmann Hölle selbst Anlaß gegeben zu haben, denn er soll Politiker, die sich zu seiner „breiteren Grundlage“ rechneten, wiederholt auf eine bessere Zukunft verdröset haben. In den Folgen, die

man mutmaßlich an die Ernennung des Herrn v. Dallwitz und v. Schorlemer knüpfen muß, vermögen diese Politiker aber eine bessere Zukunft nicht zu erkennen. Man wird nicht sehr gehen, wenn man Herrn v. Dallwitz wie Herrn v. Schorlemer der streng konservativen Parteilichung zuschreibt. Es mag sein, daß sie heute noch mit dem Ministerpräsidenten der Mission leben, sie könnten in rein reformtätiger Amtswaltung über den Parteien regieren. Es wird die Zeit kommen, wo diese Äußerung gerinnt, und dann, wenn sie sich entscheiden müssen, werden sie sich für die konservative Richtung entscheiden.

Der soziale Hauptausfluß des Landesverbandes liberaler Arbeitervereine Bayerns

hat in Sachen der Reichsversicherungsordnung eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, worin er sich vere Bedenken gegen das Gesetz geltend macht.

Die Mitwirkung der Arbeiterkassen bei der Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ist, so heißt es u. a., im Entwurfe außerordentlich gering. Bei der Krankenkassen schaltet der Entwurf den Einfluß der Arbeiter fast völlig aus. So haben die Angehörigen der Landkrankenkassen: die ländlichen Arbeiter, Dienstboten, Lehrer u. s. w. überhaupt kein Mitbestimmungsrecht. Es wird keiner großen Kunst bedürfen, diese Kreise davon zu überzeugen, daß die ganze Einrichtung nur geschaffen sei, um ihnen Geld für Einstellung weiterer Beamten und Militärärzten abzulassen. Besonders wird dies dann der Fall sein, wenn die Versicherungsämter lediglich im Zubehör der Landrats- und Bürgermeisterei sein sollen.

Dieser Mangel wird dadurch noch bedenklicher, daß die Beisitzer bei den Versicherungsämtern, Dienstleistungsämtern aus den Kreisen der Weisheit gewählt werden sollen.

Bei der Halbierung der Beiträge würden, so wird weiter dargelegt, die Arbeitgeber wohl regelmäßig einige Arbeiter in den Ausschuss bringen, die für sie stimmen würden; hierdurch würden die Klassen schlechterdings den Arbeitgebern ausgeliefert werden. Ebenso unannehmbar ist die Bestimmung, daß die Ausschüsse beständig ein Beamter jeden Arbeiter, der ihm nicht vertrauenswürdig erscheint, seines Amtes entheben kann. Wir sind sicher, daß kraft dieser Bestimmung allen untern Mitgliedern im Osten Deutschlands die Bestätigung verjagt würde. Nach der Wegfall der Centralversammlung ist nur von dem Bestreben aus verständlich, den Einfluß der Arbeiterkassen zu brechen.

Der Ausschuss wünscht die unmittelbare Einführung der freien Artwahl in der Weise, daß nur mit Genehmigung des Reichsversicherungsamtes besondere Beiträge geschlossen werden dürfen.

Die Veteranenfürsorge.

Das Ergebnis der vor Wochenfrist im Reichsfinanzamt abgehaltenen Besprechung zwischen Vertretern der Regierung und je zwei Delegierten jeder Reichstagsfraktion ist, wie wir gemeldet haben, völlig negativ gewesen. Die Bemühungen für eine Verständigung wegen einer Wehrsteuer er haben sich in dreifacher Richtung bewegt, und zwar gingen die — endgültig abgelehnten — Vorschläge hin: 1. auf eine allgemeine Kopfsteuer, 2. auf eine Sonderbesteuerung der nicht zur Einstellung gelangenden Leute, die zum einjährigen Dienst berechtigt sind, 3. auf eine klassenweise abgestufte Wehrsteuer. Die Regierung hat daher — wie die „All. pol. Korrespondenz“ erfährt — den Gedanken einer Wehrsteuer überhaupt fallen lassen. Die mit Nachdruck weiterbetriebenen Bemühungen der Reichsbehörden auf Bestimmung der Kriegsveteranen gehen nunmehr dahin, die zu dem jetzigen Veteranenbeihilf-maufwande (von 24 Millionen Mark) zusätzlich erforderlichen 7 bis 9 Millionen mit etwa 6 Millionen der Reichsruhwachsteuer zu ent-

Hautausschlag

„Behaftet mit hartnäckigem
habe ich nach 1 Stück Zuder's Patent
Medikinal-Seife ein vollständig reines Ge-
sicht. — Ich gebrauche Ihre Seife zeitweilig
D. B. in Guben.“ a Stk. 50 Pf. (150/16)
u. 1,50 M. (35% ig, harte Form). Dage-
gehörige Zude's Creme 75 Pf. und 2 M.,
ferner Zude's Seife (mit) 50 Pf. u. 1,50 M.
Bei Billh. Kretsch und Rich. Zupper

Fritz Schanze

empfehl't
morgen Mittwoch von 6 Uhr abds, an
warmen
Backschinken
in hochfeinster vollstättiger
Ware.

Schönheit
verleiht
schnell u. sicher
GUTHMANN'S
echte
Cosmos
Seife
STUCK
25
Pf.
Placate an den Verkaufsstellen.

Sie haben in allen einschlägigen Geschäften
Sofort paraffiniert.

Schuh- und Stiefelwaren

empfehle
in größter Auswahl bis zum
feinsten Stiefel.

Damenstiefel 5 M. an,
Herrenstiefel 4,50 M. an,
Kinderstiefel 1,50 M. an

R. Schmidt,
Markt 12.

Ev. Arbeiterverein

Heute Dienstag abend 8 1/4 Uhr
Eingestunde.

Wolligstes Erscheinen ist erwünscht
Der Vorstand.

D.-Ev. Frauen-Bund.

Mitgliederzusammenkunft

Mittwoch den 29 Juni um 4 Uhr, Karl-
straße 4 (Kochschule).

Bericht üb. die Generalversammlung
in Koblenz

Von Mitgliedern eingeführte Gäste will-
kommen!

Preussischer Adler

Mittwoch Schlachtfest

Dieters Restauration.

Heute
Schlachtfest.

Kretschmers Restauration.

Donnerstag
Schlachtfest.

Donnerstag
hauschlächtere Bursi

C. Tauch.

Mittwoch
Schlachtfest.

F. Dahn, Unteraltenburg 55.

Donnerstag
frische hauschlächtere Bursi.

G. Fischer, Weihenstephan
Str. 12.

Neues Schützenhaus

(Bürgergarten).

Donnerstag den 30. Juni, abends 8 Uhr,

Gr. Monstre-Konzert,

ausgeführt von der Kapelle des IV. Jäger-Batallions Naumburg und des hiesigen
Stadiorchester's. Gut gewähltes Programm. Zum Schluss 1870/71. Gr. Schlachten-
polpouert von Sara. unter Mitwirkung des hiesigen Tambourkorps vom Regt. 56
und Vortrömen eines Bekannt-Geneswerts.
Billette im Vorverkauf a 50 Pf. bei Frahnert, Al. Ritterstraße. An der
Vondelasse a 60 Pf.

Haut-Bleichcreme

„Chloro“ bleicht Gesicht
und Hände in kurzer Zeit
rein weiß. Wirksam erpro-
btes unschädliches Mittel
gegen uneheliche Hautfarbe,
Sommerprossen, Leberflecke, gelbe Flecke. Mit ausföbel. Anweis. 1 M., bei Einwend. von
1,20 M. franco. Man verlange echt „Chloro“ Laboratorium „Leo“, Dresden-V. 3.
Ehältlich in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Hauptdepot Centralbrog. Richard Zupper.

Rucksäcke

für Herren, Damen und Kinder. Ia. Qualitäten.
Von Mk. 8,00 bis 2,95, 2,50, 1,95, 1,45, 95, 45 Pf.
Rabattmarken bestes Sparsystem.

Halle a. S.,
Grosse Ulrichstr. 54.

Albrechts Naturheilanstalt

staatlich konzessioniert.

Halle a. S. Friedenstrasse 28.

Nachweislich sehr gute Erfolge bei fast allen Krankheiten; auch bei
veralteten Leiden.

Langjährige Erfahrungen. **Telephon 2698.**

Prospekte frei.

Wirkung unübertroffen!

fl. Mark 1,85.

fl. Mark 3,70.



Dr. Dralle's

Birken-Haarwasser

Stärkt den Haarwuchs. Verhütet Schuppenbildung.
Verhindert Haarausfall. Belebt die Nerven.
Edles, natürliches Haarpflegemittel.



CHOCOLADE HAUSWALDT

Marke für Feinschmecker.

QUALITÄT 00 (grosse Tafel 60 g) QUALITÄT 01 (grosse Tafel 50 g)

QUALITÄT 1 (kleine Tafel 25 g)

QUALITÄT 2 (kleine Tafel 15 g)

Natur-Theater.

Heuschke's Berg.

Mittwoch den 29. Juni, Anfang 8 Uhr.

Die Räuber.

(Die Räuber'szenen)

Drama in 5 Akten von Schiller.

In Szene gesetzt vom Direktor Winkler.

Berzonen:

Marimilian, Regierender	J. Agner.
Graf von Moor	S. Grün.
Karl } seine Söhne	W. Hempel.
Franz }	W. Hoffmann.
Amalia von Edelreich	K. Starf.
Spiegelberg	S. Paul.
Schweizer	S. Albertiner.
Schmitt	S. Sankler.
Hagmann	W. Sommerfeld.
Schulterl	F. Müller.
Holler	A. Johannes.
Kolinsky	R. Kummerfeld.
Hermann, Diakond von	A. Burghardt.
einem Gelehrten	M. Häppler.
Ein: Magistrate'sperson	K. Hoch.
Ein Schräntmädchen	

Preise der Plätze:

Im Vorverkauf bei Herrn Frahnert:

Ein numerierter Platz 1,50

Ein nicht numerierter Platz 0,75

Schillerbillets, numeriert 1,00

do. nicht numeriert 0,50

An der Abendkasse 25 Pf. Zuschlag.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Ende 10 Uhr.

„Karl Moor“ und „Holler“ erscheinen
im 2. Akte zu Pferde.

Bei Beginn der Dämmerung wird
das Terrain m. Fackeln u. Lampen
beleuchtet

Reisekörbe, Coupékörbe,

Größte Auswahl — Billigste Preise
Albert Kunth, Gottfriedstraße
Nr. 30.

Korbmagerei und Reparaturwerkstatt

Nennung von Firmen,

welche Dampfketten, überhitzer Apparate,
Feuerungen, Behälter, grösste Gegen-
stände von bedingten, wird vergütet.
Mitteilungen unter W F an die Exped.
d. Bl. erbeten

Nieren- und Harnleiden

speziell Chronische Fälle behandelt mit
bestem Erfolg Apothek. Uimer, Halle a. S.,
Ratzeburg- u. Homöopath. Praxis Sprechst.
11-9 Uhr. Mansfelderstraße 60

Möbel und Instrumente

aller Art werden sauber aufpoliert und
repariert in und außer dem Hause bei
billigster Preisstellung. Näheres
Neumarkt 57

Wäsche zum Plätten

nimmt an
Ww. Rebling, Grosse Ritterstr. 2

Möbelstischler

für bessere Möbel sofort gesucht von
Conrad Malzbriht, Ballische Str. 87.

Vorzüglich gute Stellen

erhalten nach hier und auswärtig für 1. Juli
und später Köchin, welche Hausarbeit über-
nehmen, tüchtige Haus- und Rindweidmähnen,
Gautsburschen. Vordersonal erhält jeders-
seit kostenlos Stellung durch
Fran Bertha Kassel, Stellenverm.,
Delarade 18. dicht am Markt.

Ein ordentl Mädchen

für Haus- und Rindarbeit nicht unter
17 Jahren gesucht. Wikenstr. r. Str. 46.

Kleiner verloren

Suchbeder Straße 22.

Entlaufen

engl. kurz. Terrier, R., 2 Jahr alt. kurz-
haar, schwarz mit braun, Ohren hochstehend,
foupiert, Rute lang. Christiger Finder wird
gebeten, gegen Belohnung Meldung zu
machen bei: Ulanstahferung Wersberg
oder Arthur Schardt, Köhrich, 20

Ein junger, schwarzer, mit rotbraunen
Abzeichen versehener kleiner Fellehund
(Hündin) abhanden gekommen. Vor An-
kauf wird gewarnt. Gegen Belohnung ab-
zugeben. Seidstr. 6

Hierzu eine Beilage.

Deutschland.

(Herr v. Bethmann, Hellweg.) Die Kieler Tage sind vorüber und der Reichskanzler Herr v. Bethmann-Hollweg ist geblieben. Die Festwoche in Kiel ist schon häufig von politisch kritischen Charakter gewesen, so erst im vorigen Jahre als Bülow's Kanzlerschaft in Kiel ihr eigentliches, wenn auch noch nicht äußerliches Ende fand. Herrn v. Bethmann hält wohl noch eine zeitlang die Erwägung, daß einen Kanzler ohne jede Bilanz zu seinen Gunsten zu verabschieden, nach innen und nach außen doch einen zu schlechten Eindruck machen müßte. Gerade seine Erfolglosigkeit stützt Herrn v. Bethmann noch für eine Spanne Zeit. Vielleicht will man ihm die Ehre geben, noch eine Militärvorlage nicht allzu kleinen Stills, wie sie uns ja erwartet, durchzubringen. Die Frontangriffe, die von Seiten der Nationalliberalen jetzt gegen seine Stellung erfolgen, sind bemerkenswert genau. Sonst war es nicht nationalliberale Art, Ministerjessal zu unterhöhlen. Aber es gibt Hysterie, die Morgenluft wittern. Wir gebären nicht zu Herrn. Deshalb läßt uns die Frage, ob und wie lange Herr v. Bethmann noch die Würde seines Amtes trägt, verhältnismäßig kühl. Wir erwarten nach ihm zunächst noch nichts Besseres.

(„Die Kritik in der Reichsverwaltungs-Kommission.“) Unter dieser Epigramm hat die „Konj. Korresp.“ unter unmotivierten Angriffen auf die Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei den Vorstoß gemacht, die Beratungen der Reichsverwaltungs-Kommission abzurechnen, weil aller Voraussicht nach die Beratungen doch nicht zu einem positiven Ergebnis führen werden. Demgegenüber wird dem „Vol.-Anz.“ von „uninteressierter Seite“ geschrieben, daß der Artikel der „Konj. Korresp.“ nur ein Schreckschuß gewesen zu sein scheint, denn in den letzten Tagen haben zwischen Mitgliedern der konservativen Partei und des Zentrums vertrauliche Besprechungen stattgefunden, die voraussehen lassen, daß Zentrum und Rechte in der zweiten Lesung der Kommission zu einer Einigung unter sich und mit der Regierung kommen werden, und daß das Ergebnis die Annahme der Regierungsvorlage im großen und ganzen nur mit einigen nicht erheblichen Änderungen sein dürfte. Inzwischen sollen die in der ersten Lesung gestrichenen Besondereämter, auf die seitens der Regierung entscheidender Wert gelegt wird, in der zweiten Lesung angenommen werden, wogegen die Regierung sich zu einigen Zugeständnissen, insbesondere hinsichtlich der Regelung der Beiträge für die Kranenlasten, verstehen würde.

Der Wunsch ist der Vater des Gedankens.

(Die „Nordd. Allg. Ztg.“) veröffentlicht in ihrem Wochenrückblick eine Zuschrift von einem Manne, der, wie das Regierungsblatt schreibt, „die Zeit politisch mit erlebt hat, in der Männer wie Bismarck und Kardorff wirkten und Eugen Richter seine sozialdemokratischen Zukunftsbilder schrieb.“ Die Zuschrift ist, wie die „Zf. Ztg.“ schreibt, auf einen pessimistischen und verärgerten Ton gestimmt, sie schärft allerlei Kleinlichkeiten zusammen, die irgendwo und irgendwann angeht in der liberalen Presse gestanden haben. Z. B. voll die Verurteilung des Herrn v. Woltke in einem (!) Berliner Blatt“ seinerzeit als ein Schlag ins Gesicht des Liberalismus bezeichnet worden sein, der Hinweis auf die entsetzliche Verwandschaft des Herrn v. Dallwitz mit Herrn v. Heydebrandt wird angeführt, den die erste liberale Presse doch von Anfang an nicht ernst genommen hat. Der alte Herr schreibt sogar, dennburg habe freiwillig seinen Posten verlassen, aber man mache aus ihm einen Märtyrer der liberalen Sache, den Herr v. Bethmann nicht länger in der Regierung dulden wollte. Jedermann weiß, daß diese Verächtlichkeit, die sich übrigens gegen die Freiwilligkeit des dennburgischen Rücktritts richtete, von der „Deutsch. Tagesztg.“ ausgesprochen worden ist. Die Zuschrift schließt mit folgendem Satz: „Man weiß nicht, was noch werden soll. Es ist, als ob man die Fähigkeit verloren hat, Sachliches sachlich und die Wahrheit um ihrer selbst willen zu sagen, weil man alles daraufhin ansieht, wie es gegen die abtrünnigen Besen des alten Bocks ausgeht werden kann. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt dieser Zuschrift den Wunsch hinzu, daß sich schließlich doch der Wert der sachlichen Politik gegenüber der Tendenzmacherei durchsetzen werde, ein Wunsch, den wir vollkommen unterschreiben, wenn auch in anderem Sinne als ihn die „Nordd. Allg. Ztg.“ zu meinen scheint.

(Gegen die Reichszuwaachssteuer-vorlage) fand in Königsberg i. Pr. eine von Kommunisten und anregte Vorbesprechung statt, an der u. a. auch der Reichstagsabg. Juliuszart Gylling, mehrere Stadträte und Stadtverordnete, die Vor-sitzenden der Haus- und Grundbesitzervereine und der Handelskammerhinsidus teilnahmen. Berichterstatter

war Dr. D. Böhlen-Berlin. Alle Redner waren darin einig: so schnell wie möglich weg mit der Reichszuwaachssteuer-vorlage, die Stadtrat Sembritzki als das débâcle der städtischen Entwicklung bezeichnete. Es wurde einmütig beschlossen, den Kampf gegen die Vorlage mit aller Energie durchzuführen und zu diesem Zwecke eine Kommission von fünfzehn Mitgliedern eingesetzt, die auch die Vorbereitungen für eine größere Kundgebung in Königsberg i. Pr. treffen soll.

(Der Vorstand des Nationalliberalen Vereins für Leipzig und Umgebung hat, wie das „Leipz. Tagebl.“ meldet, beschlossen, sich mit der in der „National. Korresp.“ erschienenen Kundgebung der Parteileitung gegen die einseitige politische Haltung des Reichskanzlers, wie sie beim Ministerwechsel in Preußen hervorbrach, einverstanden zu erklären. Der Vorstand begrüßt die damit verbundene Erklärung der Reichskanzler und ist überzeugt, daß die scharfe Kritik an dem jetzigen Zustand den Beifall des ganzen liberalen Bürgertums finden wird.

(Nochmals Dr. Streder) Befanulich haben auf Grund der Maßregelung des Oberlehrers Dr. Streder die fortgeschrittenen Volkspartei angehenden heftigen Parteitag-abgeordneten eine Interpellation bei der zweiten Kammer des heftigen Landtages eingebracht. Nicht ohne Interesse ist eine Bemerkung, die hierzu die „Heftige Liberale Wochenchrift“ macht: „Hoffentlich gelingt es auch, festzustellen, wie es zugeht, daß ultramontane Blätter in der Lage waren, den Wortlaut des Maßregelungsschreibens mitzuteilen. Diese Veröffentlichung stellt sich als eine außerordentliche Verschärfung der Maßregelung dar, gegen die im Interesse des zum Schweigen über diese Disziplinverfahren verurteilten Dr. Streder scharf protestiert werden muß.“ Die Zentrumspartei hat eben ihre Fühler überallhin ausgestreckt, und es tut wirklich wieder einmal ein Mann not, der „die Gitterbeule ausfüllt“.

(Ein interessanter Prozeß) Verschiedene ultramontane Blätter hatten kürzlich den zum Deutschen Lehrerverein gehörigen katholischen Volksschullehrer Keil-Heidesheim, der aus seiner fortgeschrittenen Meinung nicht ein Hehl machte, wegen der in einem Privatbriefen getanen Äußerung:

„Entschieden liberale Lehrer würden aus kulturellen Gründen im Falle einer Entscheidung zwischen Zentrum und Sozialdemokraten letztere als „kleineres Übel“ ansehen und danach handeln“, sozialdemokratischer Gesinnung und Betätigung beschuldigt und — edt kritisch! — seine behördliche Maßregelung gefordert. Nun hat Herr Keil mit Zustimmung und Unterstützung der Reichskommission des Deutschen Lehrervereins gegen alle beteiligten Blätter Verleumdungslage erhoben, weil der Vorwurf sozialdemokratischer Gesinnung und Betätigung für einen Volksschullehrer in dienstlicher Beziehung schwerere Folgen, selbst die Dienstentlassung nach sich ziehen kann. Der Prozeß soll, weil für die gesamte liberale Lehrerschaft Deutschlands von hohem Interesse, eventuell bis zu den höchsten Instanzen durchgeführt werden.

(Eine Erinnerung aus der Ahlwardt-hege) der neunziger Jahre wird wach: China hat — wie die „Allg. pol. Rev.“ hört — sehr erhebliche Mengen des nunmehr gänzlich ausgestarrierten deutschen Infanteriegewehrs M 88, der sogenannten „Judenlinien“, angekauft, wozu, um damit neu aufzustellende Formationen zu rüsten zu bewaffnen. Dies vielgeschmäht, zu Unrecht verächtliche Modell war, so schreibt ein alter Diktator, eine zuverlässige und ausgezeichnete Waffe, bezüglich derer man jetzt nur den Wunsch ausdrücken kann, daß ihre früheren Träger die gute Wirksamkeit des langgeführten Gewehrs nicht bereinst am eigenen Leibe zu erfahren haben.

(Das starke Anwachsen des Polentums im Westen) zeigen nach dem „Diennik An-janki“ folgende Zahlen. Die polnische Bevölkerung zählte im Jahre

Table with 3 columns: Location, 1890, 1905. Rows: Reddinghausen Stadt (716, 9250), Reddinghausen Dorf (4541, 28672), Dortmund (1690, 18482), Bochum (4159, 17575).

Gerichtsverhandlungen.

Der Allenheimer Mordprozeß.

Allenheim, 26. Juni. Der Vorsitzende Geh. Justizrat Sandbergsdirektor Boose eröffnet die Sitzung kurz nach 9 Uhr. Zunächst wird Landrichter Reiger, der Untersuchungsrichter war, über seine Wahrnehmungen bei der Vernehmung einer Zeugin, die nicht erschienen ist, vernommen. Die Frage des Verteidigers Rechtsanwalt Salzmann: „Ist dem Untersuchungsrichter bekannt, daß ich wiederholt den Antrag gestellt habe, Hauptmann v. Goeben

mit meiner Klientin zu konfrontieren? Was er, aus welchen Gründen dieser Antrag abgelehnt wurde?“ beantwortete er, daß eingehender Beschuldigung durch den Landgerichtspräsidenten folgendermaßen: Die Vernehmung gegen Frau v. Schönebeck ging beim Landgericht Allenheim am 19. Januar ein. Geldstrafe kam das Gehör des Verteidigers Salzmann an, in dem er ansetzte, daß er die Angeklagte in der Untersuchungsphase ganz gebrochen vorgefunden habe und kaum mit ihr hätte verhandeln können. Der Verteidiger stellte den Antrag, ihre Überführung nach Rortau sofort zu bewerkstelligen. Ich habe das beinahe mit dem Besten in der Halle bekräftigt gefunden. Die Angeklagte schloß sich geistig und körperlich nicht wohl. Sie war totallos aufgehört. Infolgedessen hatte ich Bedenken getragen, die Angeklagte Herrn v. Goeben gegenüberzuführen. Ich ging zum Sanitätsrat Stoltenhoff, der Schlichtigkeit und Geduldsgabe hervorhob, schloß die Angeklagte wurde dann nach Rortau überführt. Ich wollte abwarten, wie sich der Zustand dort entwickeln würde. Als Herr Rechtsanwalt Salzmann erneut den Antrag auf Gegenüberstellung stellte, legte ich diesen Antrag wiederum dem Sanitätsrat Stoltenhoff zur Ausfertigung vor. Sanitätsrat Stoltenhoff sagte, daß vorläufig mit Rücksicht auf den Zustand der Angeklagten eine Gegenüberstellung nicht möglich sei. Ich habe dem Sanitätsrat Stoltenhoff erneut den Antrag des Verteidigers Salzmann unterbreitet, aber der Zustand der Angeklagten verschlechterte sich, und sie verfiel schließlich vollkommen in Geistesstumpfheit. Dann wurde auch Hauptmann v. Goeben nach Rortau überführt. Da ich annehmen mußte, daß die Gegenüberstellung unter solchen Umständen bei der Angeklagten eine totale Aufregung hervorrufen würde, habe ich eine solche Gegenüberstellung nicht für notwendig gehalten. Ich habe dem Sanitätsrat Stoltenhoff die Bedeutung des Verfahrens erklärt, indem Sie wohl bei dem die Untersuchung führenden Militärgericht gefunden? — Zeuge: Ja wohl. Herr Kriegsgerichtsrat Conrad hat mir gesagt, daß Hauptmann v. Goeben jedesmal besonders exaltiert würde, wenn er auch nur der Namen der Angeklagten hörte. — Es werden vierzig noch einige Zeugen vernommen, die in dem Schönbucherschen Saale sitzen gewesen sind. Der Antrag ist aber nur von untergeordneter Bedeutung. Es wird sodann Hauptmann v. Goeben vom Generalstab als Zeuge vernommen, um über die Beteiligung Goebens am Mordtatsache Auskunft zu geben. Hierauf gab Hauptmann v. Goeben folgende Erklärung ab: Ich schloße mich der Wahrnehmung des Hauptmanns Goeben in der Beziehung an. Nun habe ich in den Zeitungen gelesen, daß Hauptmann a. D. Schloßler in meiner Wohnung hier eine Erklärung abgegeben hat. Ich habe diese Erklärung selbst nicht mit angehört, kenne sie also nur aus der Presse. Aus der Fassung, die sie hat, könnte man den Schluß ziehen, als ob die Freunde des verstorbenen Hauptmanns v. Goeben nach dem bisherigen Ergebnis der Beweisaufnahme entschlossen wären, das Andenken ihres Kameraden preiszugeben. Ich kann mir die Aufassung des Herrn Schloßler nur insofern zu eigen machen, als ich denkwürdig wie er denkwürdig, Sandmann, den denkwürdigen Mann sind, auch nur mit einem Wort zu beschuldigen. Herr v. Goeben aber hat die schwere Schuld, die er auf sich geladen hat, ebenso schwer bestritten. Nach meiner Überzeugung ist die Wehrmaß seiner Freunde nicht gewillt, ihm ihre fernschätzlichen Mithilfe auch über das Grab hinaus zu entziehen. Wort: Ich habe diese Erklärung zugelassen, ebenso wie die Erklärung des Hauptmanns Schloßler. Nachdem noch einige Zeugen aus dem Alten gemacht sind, erklärt der Vorsitzende, daß damit sämtliche eingehenden Beweismittel erschöpft sind. — Hierauf wird zur Eingangsfrage der Gutachten geschritten. Professor Dr. Puppe kommt in seinem Gutachten zu dem Schluß, daß der verstorbenen Major v. Schloßler den Schuß empfangen hat, als er stand, und daß die Angaben des Hauptmanns v. Goeben und die objektiven Befund durchaus gestimmt werden. Zum Schluß der Sitzung berichtete Gerichtsrat Privatdozent Dr. Strauß-Berlin über den Grundbesitzbesitzer, in dem sich die Angeklagte bei ihrer Verhaftung in Charlottenburg befand. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. Die Verhandlung wird Montag 9 1/2 Uhr fortgesetzt. Am Montag werden die Sachverständigen über den Geisteszustand der Angeklagten und des Hauptmanns v. Goeben vernommen werden.

Provinz und Umgegend.

Halle, 27. Juni. Die Stadtverordneten bewilligen heute abend die Mittel zur Ausarbeitung eines auf 1100000 Mark berechneten Projekts für ein Hallenschwimmbad und stellen ferner für den Bau eines Reform-Realgymnasiums 723 000 Mark bereit.

Weisenfels, 27. Juni. Das Sommerfest des Liberalen Wahlvereins wird gestern von Parteimitgliedern gut besucht. Die Festrede hielt Reichstagsabg. Sommer. Ein reicher unterhaltender Teil beschloß das Fest — Die zweite Heberprüfung fand am hiesigen Seminar vorige Woche unter dem Vorsitz des Provinzial-Schulrats Schwarz-Magdeburg und des Regierungsrates Kurdun-Merseburg statt. Es bestanden von 57 Prüflingen 46, denen damit das Zeugnis der endgültigen Anstellung im Lehramt anerkannt wurde.

Weimar, 27. Juni. Unter außerordentlich starker Beteiligung fand heute nachmittag auf dem hiesigen Friedhof die Beerdigung des General s der Artillerie z. D. Oelver u. d. Planitz statt. Die Grabrede hielt Hofprediger Dr. Dier. Der Gottesdienst war verhältnismäßig an dem Begräbnis teil und legte einen kostbaren Kranz am Grabe nieder. Auch der Kaiser, sowie hiesige und auswärtige Offiziere vereine und die militärischen Vereine Weimars hatten Kranz gestiftet. Das hiesige Bataillon gab die drei Ehrenalben ab.

† Angenbogen bei Galesen, 27. Juni. Ein polnischer Arbeiter machte sich am Sonnabend an den Hochspannungsdrähten der Oberlandzentrale Ambsdorf zu schaffen. Er erhielt einen elektrischen Schlag und fiel tot zu Boden.

† Rochhausen bei Esfurt, 27. Juni. Der 20 Jahre alte Schneider Walter Schmiedel aus Arnstadt, der am Donnerstag als Straffangener entwichen war, drang vorgestern hier in das Haus des Schneidermeisters Köster, bei dem er früher tätig war, und stahl 100 Mark sowie eine Uhr. Dann rastete er sich in aller Gemütsruhe mit des Meisters Hilfe, zog einen noch neuen Anzug an, ließ die Anstaltskleidung zurück und machte sich auf und davon.

† Altenburg, 27. Juni. Im benachbarten Rositz stürzte ein Teil des Gerätes zum Reibwerk der Köhler Brauntohlenwerke ein, wobei 3 Arbeiter mit abstrahlten. Einen von ihnen wurde der Brustkorb eingedrückt, die anderen beiden wurden leicht verletzt. Der Schwerverletzte, an dessen Wunden gearbeitet wird, wurde nach dem Altenburger Landeskrankenhaus gebracht. Die Untersuchung nach der Ursache des Unglücksfalles ist bereits eingeleitet.

† Leipzig, 28. Juni. Am 5. Juli abends trifft der bayrische Thronfolger Prinz Ludwig auf der Durchreise nach Posen, wohin er sich zum Jubiläum des dortigen Infanterie-Regiments, dessen Inhaber er ist, begibt, in Leipzig ein. Er wird am nächsten Tage einige Ehrenwürdigkeiten, darunter das neue Rathaus, die Universität und vor allem industrielle Unternehmungen besichtigen. — Der Zweigverein Leipzig des Evangelischen Bundes unternahm am Sonntag mit 420 Teilnehmern eine Fahrt nach Wittenberg zu den Gründern der Reformatorien Luther und Melancthon, wo nach einer Predigt gegen die Empirika Kränze niedergelegt wurden.

† Dresden, 28. Juni. König Friedrich August trat am Montag früh eine zweitägige Landkreuzreise an. Gefolgt wurden eine Anzahl Städte und Ortschaften der Kreisbauernschaften Dresden und Leipzig besucht. Der Monarch wurde von der Bevölkerung überall stürmisch begrüßt. Die Reise wird heute von Arnsdorf aus fortgesetzt.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 28. Juni 1910.

Das Kinderfest hat im allgemeinen einen recht befriedigenden Verlauf genommen. Wohl war die Witterung kühl und die Luft durch einen anhaltend wehenden Westwind lebhaft bewegt, aber der Festesfreude konnte dies keinen Abbruch tun. Beachte doch der Wind den Vorteil, daß er die öfters herankommenden Regenwolken wieder abtrieb. Schon in den Mittagsstunden entwickelte sich überall lebhaftes Hasten und Treiben. In großen Massen kamen die Fremden vom Bahnhofe und in den Straßen eilten die geschmückten Knaben und Mädchen in die Schulen. Unter dem Glodengläut sämtlicher hiesigen evangelischen Kirchen erfolgte der Zug der Kinder nach dem Marktplatz, wo gegen 1/3 Uhr die Aufstellung beendet war. Hier ergiff Herr Superintendent Prof. Bithorn das Wort zu folgender kurzen Ansprache:

„Erhebenden Erinnerungen verbank unser schönes Kinderfest seine Entstehung. Wir gebanken heute der großen Zeit, da unsre Väter in hartem Kampfe unsrer Stadt die evangelische Freiheit eroberten. — Entel mögen kraftvoll walten, schwer Entzungen zu erhallen! — Die wackeren Vorkämpfer für evangelische Wahrheit und Freiheit sind vor kurzem arg geschmäht. Wir sind stolz auf sie und ehren ihre Andenken. Dank bar reichen wir ihnen im Geiste über die Jahrhunderte hinweg die Hand und stimmen im Gefühl innerer Verbundenheit mit ihnen das alte Heidenlied an, das schon vor Zeiten auf diesem Marktplatz erklingen ist: „Ein feste Burg ist unser Gott!“

Freudiger denn je erscholl das Lutherische Kampfeslied zum Himmel und der Einbruch, den der tausendstimmige Kinderchor in allen gut evangelischen Herzen der Zuhörer hervorrief, war ein tiefer und nachhaltiger. — Der Auszug nach dem Festplatze bot wieder das alte, aber immer wieder schöne und anziehende Bild reinster Freude für jung und alt, groß und klein, arm und reich! Voran die Stadtkapelle, dann die Stadtflagge, die städtischen Kollegien mit der Geistlichkeit und hierauf der schier endlose Zug der hiesigen Kinderchor unter Führung der Klassenlehrer und Lehrkrinnen. Die wieder reich mit Fahnen und geschmückten Straßen waren allenthalben von einer dichten, spaltbildenden Menschenmenge besetzt. Auf dem Festplatze angekommen wurde sofort mit den üblichen Spielen begonnen, die wieder allgemeines Interesse erweckten, auch manches neue boten und mit eifrigster Begeisterung erst gegen 1/3 Uhr ihr Ende fanden. Schon machten sich aber wieder Regenwolken bemerkbar. Der Einzug, der wie üblich durch das Exilitor erfolgte, wurde daher etwas beschleunigt. Ohne die gewünschte „Kinderfeierliche“ sollte es aber doch nicht abgehen. Die Aufstellung war noch nicht ganz beendet, als auch

schon der Regen einsetzte und dem Feste einen nassen Abschluß gab. Auch hier sprach Herr Sup. Prof. Bithorn einige kurze, markige Worte voll Begeisterung und Vaterlandstreue und endete mit einem dreifachen Halleluja, in das alle freudig einstimmten. Der Gesang der Nationalhymne und des Dankestiches „Nun danket alle Gott!“ schloffen offiziell das Fest, worauf sich der Zug auflöste. Bei ziemlich heftigem Regen mußten die Kinder den Heimweg antreten. Erst gegen 1/9 Uhr schloß Jupiter Pluvius seine Schleusen wieder, so daß wenigstens der Abend noch einigermaßen schön wurde. Wenn sich auch der Verleher nicht so lebhaft gefallte, wie in anderen Jahren, so konnte man doch die Abendstunden fröhlich und heiter auf dem Festplatze verleben, bis die Mitternachtsstunde den Schluß des Betriebes herbeiführte.

Am Montag morgen 9 Uhr fand in der Aula unseres königlichen Domgymnasiums eine Gedächtnisfeier der Königin Luise statt. Nach dem Eingangsliede verlas Herr Direktor Dr. Köhner einen Bitttext und sprach ein Gebet, worauf noch eine Strophe des Eingangsliedes gesungen wurde. Dann sang der Gymnasialchor die Mendelssohn'sche Motette „Wir dein Anliehen auf den Herrn“. Sechs Deklamationen, in denen die Königin Luise gefeiert wurde, folgten. Nachdem dann der Chor den „Gruß an Deutschland“ von Garg gesungen hatte, betrat Herr Dozent Dr. Laube das Podium und würdigte die Königin Luise und ihr Andenken in einer Ansprache. Nach dieser Rede wurde das Schlußlied gesungen, und darauf wurden einigen Schülern von dem Herrn Direktor Prämien überreicht.

Der Kanal Leipzig—Gerepau. In dem Entwurf des Gesetzes über die Schiffahrtsabgaben, dessen wesentlicher Inhalt vor kurzem veröffentlicht wurde, ist auch der Ausbau der Saale von der Einmündung des geplanten Verbindungskanales in die Nähe von Gerepau bis Halle vorgesehen. In einigen Wäldern finden sich Angaben, aus denen hervorgeht, daß die preussische und sächsische Regierung bereits einen Staatsvertrag über den Bau dieser Wasserstraße abgeschlossen haben. Hierzu erzählt jetzt die M. Ztg., daß bisher überhaupt noch kein Projekt der sächsischen Regierung eingegangen ist, so daß noch nicht einmal in Verhandlungen wegen der Limitierung des Kanals eingetreten werden konnte. Es liegen bis jetzt überhaupt nur Baupläne von interessierter privater Seite vor, u. a. von der Leipziger Baufirma Havelstadt und Contag, die wohl von der sächsischen Regierung geprüft werden dürften. Die Kompensation, die die preussische Regierung der sächsischen durch ihre Zustimmung zu einem derartigen Wasserstraßenprojekt gewährt hat, ist jedenfalls nicht gering zu veranschlagen. In erster Linie werden die Interessen des östlichen Teils des Merseburger Kreises berührt, und abgesehen von dieser lokalen Einwirkung würde sich eine Wasserstraßenverbindung dieser Art namentlich für die preussische Eisenbahnverwaltung nicht angenehm bemerkbar machen. Es ist anzunehmen, daß die Eisenbahnmaßnahmen darunter wesentlich leiden werden, und daß Halle a. S. als jetziger Umschlagshafen gleichfalls verlieren wird. Die Stadt Leipzig würde dagegen ganz erhebliche Vorteile haben, namentlich würde die Einfuhr englischer Kohle für die dortige Industrie auf dem Wasserwege sich wesentlich billiger gestalten können. Es ist anzunehmen, daß man dem Kanalbauunternehmer das Entgeltrecht für die preussische Strecke gewähren wird; ebenso wird wohl gefordert werden, daß die Saale bis zur Einmündung des Kanals bei Gerepau für Schiffe bis zu 500 T. schiffbar gemacht werde. Zur Abschließung eines Staatsvertrages wird man voraussichtlich erst schreiten, wenn die Gesetzeslage über die Schiffahrtsabgaben im Reichstage angenommen und der Widerspruch der Auslandsstaaten beseitigt ist.

Das Rauchverbot in den Forsten wird mit Eintritt der trockenen und warmen Witterung hiermit in Erinnerung gebracht. Gleichzeitig wird daran erinnert, die Waldungen nicht durch Beweisen oder Zurücklassen von Papier, Speiseresten, Flaschen, Scherben und dergleichen zu verunreinigen. Beim Betreten der Forsten hat die vorhandenen Wege zu benutzen, auf keinen Fall dürfen Schornen oder gar junge Kulturen betreten werden.

Wässen-Gesellschaftlicher im Boltzeibureau vorgelegt werden? Durch Polizeiverordnung mit den Polizeibehörden eines Bezirks vorgegebenen, ihre Richter der Polizeibehörde aus Erfordern zur Einsicht und Revision vorzulegen. Als nun ein Fleischbeschauser die Aufforderung erhielt, zu diesem Zwecke seine Bücher auf dem Boltzeibureau vorzulegen, weigerte er sich dessen, erklärte sich aber bereit, die Einsicht der Bücher innerhalb seiner Wohnung zu gestatten. Die Polizeibehörde mit den Anverordneten zurück bis herab zur Polizeibehörde. Dieser konträre gerichtliche Entscheidung und wurde schließlich vom Kammergericht freigesprochen, welches derartige Polizeiverordnungen für rechtsunzulässig erklärte. Im Interesse des allgemeinen polizeilichen Ermittlungsrechtes dürfen Polizeiverordnungen nicht erlassen werden.

Wortpreise. Mehrfach ist jetzt darauf hingewiesen worden, wie es diesmal auffallend lange dauerte, bis die Genehmigung der Getreidewerte sich auch auf die Wortpreise übertrug, denn die Getreidewerte sind zwar besonders die Roggenpreise, sind schon monatelang herabgegangen, so

daß das Verlangen nach Ermäßigung der Wortpreise wohl berechtigt ist. Wie nun die neueste amtliche Nachweisung der künftigen Regierung zu Merseburg zeigt, ist im verflochtenen Monat Mai hinsichtlich des Durchschnittspreises für eine Besehung eingetreten; während dieser für den gesamten Regierungsbezirk Merseburg 28 Pf. für das Kilogramm Roggen Graubrot mit Zusatz von Weizen betrug, zeigte man in Wittenfels, Halle und Wittenberg den Höchst-Durchschnittspreis mit 30 Pf. und in Grottel und Zeitz bzw. Eilenburg die niedrigsten Durchschnittspreise mit 22 bzw. 23 Pf. Es folgen dann Eisenberg und Querfurt mit 24 Pf., Herzberg mit 25 Pf., Griebenau, Sangerhausen und Zörbig mit 26 Pf., Merseburg und Naumburg mit 28 Pf. Bezüglich des Weizenbrot (Semmel) ist die Ungleichheit der Einzelpreise an den einzelnen Markorten doch noch sehr groß. Die dominierende Stellung im Regierungsbezirk bezüglich des Weizenbrotpreises hatte im Monat Mai Naumburg, wo 65 Pf. im Durchschnitt für das Kilogramm Semmel gezahlt werden mußten, es folgen dann Rechenwerda und Weizenfels mit 60 Pf., Wittenberg mit 55 Pf., Eisenberg, Merseburg und Zeitz mit je 50 Pf., Halle mit 48 Pf., Sangerhausen mit 46 Pf., Eilenburg, mit 45 Pf., Zörbig und Grottel mit 42 Pf. und Querfurt mit 26 Pf. Der Durchschnittspreis für das Kilogramm Semmel betrug 49 Pf. in dem Regierungsbezirk Merseburg.

Fachliche Ausbildung der Landwirtschaft. In allen landwirtschaftlichen Betrieben ist die Tätigkeit der Frau in der inneren Wirtschaft ein wichtiger Faktor. Es wäre sehr zu wünschen, daß die landlichen Kreise unserer Bevölkerung immer mehr zu dieser Ueberzeugung gelangen und danach streben, ihren Töchtern eine gute Ausbildung in allen hauswirtschaftlichen Dingen zu geben. Die beste Gelegenheit dazu bietet sich durch den Besuch einer landwirtschaftlichen Haushaltungsschule, von denen in unserer Provinz fünf von der Landwirtschaftskammer in Halle a. S. unterhalten werden, und zwar in Beizen-dorf, Nebra, Wandersleben, Herzberg a. E. und Worbis. Es wird darauf hingewiesen, daß der nächste halbjährige Kursus Anfang Juli beginnt.

Eine waghalsige Tat wurde in der Nacht zum Sonntag am Sirtumurm hier vollbracht. Ein bisher unbekannter Mann erstieg den Turm am Witz-abteiler und besetzte unweit des Turmportes ein rot und weiß gemauertes Tafelgebäude. Am Dienstag vormittag vollführte ein Matrose, der sich z. B. bei auf Urlaub befindet, den gleichen gefährlichen Auf- und Abstieg und entfernte das Tuch wieder. Dem Vernehmen nach handelt es sich bei der Anbringung des Tuches auf dem Turme um eine Wette. Gemüter, die in jedem etwas rot aussehenden Gegenstande eine revolutionäre Kundgebung erblicken, schieben dieser immerhin lebensgefährlichen Wette sofort politische Motive unter. Es geht eben manchen Menschen wie einem gewissen Tier, das über jeden roten Lappen in große Erregung gerät. . . .

Landwirtschaftliches. Nach Mitteilungen aus der Ulsteraue soll in diesem Jahre die Reisefeld stark ausfallen. Die Versuchstation für Pflanzenkrankheiten in Halle, Karlstraße 10, empfiehlt als bestes und einfachstes Gegenmittel das Belprizen der besfallenen Pflanzen mit 20 prozentiger Eisenwässerlösung — also derselben Lösung, die gegen Herberich Anwendung findet — und bittet um Mitteilungen über mit diesem Mittel ev. gemachte Erfahrungen.

Natur-Theater. Morgen, Mittwoch, abend 8 Uhr beginnt die Aufführung von Schillers Räubern unter freiem Himmel auf der Terrasse von Heußfelds Berg, welche sich ganz vorzüglich hierzu eignet. Die erste Hälfte des Dramas wird bei Tageslicht gespielt, die beiden letzten Akte bei Nachtlicht. Es wird ein eigenartiges, interessantes Schauspiel, wobei die gewaltige Dichtung zu ihrem vollen Rechte gelangt. Einer Aufführung, wie der bevorstehenden, in einem Natur-Theater muß man begehrend haben, um die gigantische Dichtung unseres Schiller recht zu erfassen, um dies geniale Schauspiel vollkommen zu würdigen. — Das Beben in der Natur, in den Wäldern, im Wiefengrund, in der freien Luft wirkt hineinreichend auf alle Darsteller, welche schon auf der ersten Probe in ihren Aufgaben aufgehen schienen. Die morgen stattfindende Natur-Aufführung ist jedenfalls berechtigt, das Interesse und die Aufmerksamkeit aller Kreise unserer Stadt zu beanpruchen. Ein zahlreiches Publikum aus allen Ständen unserer Bevölkerung wird morgen abend ihrem deutschen Lieblingsdichter lauschen und mit dem erhabenen Gefühl, etwas großes erlebt zu haben, dem Heimweg an treten.

Theater. Unser Förster hat einmal, um seine Klasse zu fällen, ein milderndes Meder zusammengefasst. „Als Hebelberg“ genannt, welches am Sonnabend im Lindtheater eine letzte Aufprobung feierte. Seiner Zweck hat der Verfasser vollkommen erreicht, denn das Zeug brachte ihm bei dem bekannten Kunstbedürfnis des lieben Publikums ein ziemliches Vermögen ein, und auch hier genoß er das erhebbende „Schaufpiel“. Die Aufführung fand bei dem gütigsten Besuche statt, eine freundliche Aufnahme, doch ist das mehr der guten Wiedergabe des Textes als dem Texte selbst zu danken. Über das Stück, dessen ästhetischer Wert von dem Publikum nicht allzuweit verschieden ist, eingehend zu behandeln, lohnt nicht der Mühe; denn nicht die Schilderung des posthumosen Hebelberg mit seinem Schlosse, dem bunten und romantischen Sittenleben, den lustigen Fiebern und ein paar Situationskomie als, was selbst von der neueren deutschen Dramatik schließlich noch übrig ist. Eine verlogene Sentimentalität macht das ohnehin schon innerlich unmagere Stück mit dem falschen Pathos noch

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Bestellung von mehreren Ausgaben: bei Zustellung ins Haus durch unsere Ausreiter in der Stadt und auf dem Lande anerkennbar Vorzugslohn: durch die Post 1/20 Pf. unter 4/2 Pf. Nachschick. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 Mal mit an den Sonntagen außerordentlich — Redaktionsunterstützungen in nur mit deutlicher Unterschrift gezeichnet für Rückgabe unterlassener Einblendungen übernommen die fern. Verbandsleiter

Wöchentliche Gratisbeilagen:
Sselfsta. Illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4 Seiten. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis: für die erste Belegzahl oder deren Raum für 14 Tage und andere Umgebungen 10 Pf. für die nächsten 25 Pf. ausserhalb pro Zeile 20 Pf. im Restbetrag 40 Pf. Bei komplizierten Satz erheblicher Aufschlag
Wieder für Belegzahlen nach Vereinbarung für Kundentafeln und Christenbäume besondere Berechnung, nach Abmachung mit Verlagsleitung. Verlagsleiter
50 Pf. Abnahmezeit für größere Werbeflächen-Bestellungen nur am Tage vorher. Zeitungs-
Anzeigen bis mindestens 9 Uhr. Samstagsanzeigen bis 10 Uhr. Sonntags

Nr. 149.

Mittwoch den 29. Juni 1910.

36. Jahrg.

Konservative und Sozialdemokratie.

Wie gänzlich unberechtigt die fittliche Entrüstung gerade der agrarischen Organe darüber ist, daß die fortschrittliche Volkspartei ihren Mitgliedern bei der Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten und dem Konservativen in Uebow. Wollin die Stimmabgabe freigestellt hat, zeigen deutlich nachstehende Reminiscenzen, die in einigen Blättern veröffentlicht werden und die im gegenwärtigen Augenblick nicht ohne Interesse sind:

Auf der am 21. Januar 1903 in Stettin tagenden Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte erklärte der Vorsitzende des Bundes, Abgeordneter Fehr. v. Wangenheim, im Hinblick auf die damals bevorstehenden Wahlen: „Ich halte es für viel besser, es kommt ein Sozialdemokrat in den Reichstag, als ein Freisinniger.“ Bei der wenige Tage vorher in Breslau stattgefundenen Provinzialversammlung des Bundes gab derselbe Fehr. v. Wangenheim, nachdem er in scharfer Weise gegen den Freisinnigen Stellung genommen hatte, die Erklärung ab: „Deshalb müssen wir bei Stichwahlen zwischen einem Freisinnigen und Sozialdemokraten die feindseligen Brüder unter sich lassen, denn jetzt müssen wir sagen: Besser ein Sozialdemokrat, als ein Freisinniger.“ Dieselbe „Deutsche Tageszeitung“, die jetzt nicht Worte genug findet, die Stellungnahme der fortschrittlichen Volkspartei in Uebow-Wollin zu geisteln, veröffentlichte am 20. Juni 1903 folgende „interessante“ Zuschrift eines Herrn C. v. Bonin aus Schoenwerder i. P., in der es u. a. bezüglich des Standpunktes der Wähler zu den Stichwahlen zwischen Sozialdemokrat und Freisinn wörtlich heißt: „Wächten wir doch endlich zum Wohle der Monarchie und des Vaterlandes einsehen, daß es, im Streite zwischen beiden leblichen Brüdern, besser ist, die Sozialdemokratie als das geringere Übel zu betrachten.“

Es ist jetzt auch zweckmäßig, das Verhalten der Konservativen den Freisinnigen gegenüber bei den Wahlen von 1893 in Berlin genauer ins Gedächtnis zu rufen. Die Freisinnigen verloren damals die Berliner Wahlkreise 2, 3 und 5 dank der „Hilfe“ der Konservativen. In Berlin II waren bei der Hauptwahl Stimmen abgegeben: konservative 13218 (Wagner), freisinnige 14544 (Birchow), sozialdemokratische 26687 (Fischer), nationalliberale 3056, liberale 566, antisemitische 120 und zerstückelt 196. Die Nationalliberalen und das Zentrum traten Mann für Mann für Birchow ein. Was aber machten die Konservativen? Sie gaben die Parole aus: Strenge Stimmhaltung. Die „Kreuzzeitung“ bemerkte dazu (Juni 1903): „Ob die Opposition in der Hauptsache aus Anhängern Richters oder Debes besteht, darauf kommt zunächst nicht viel an. Der Unterschied liegt nur darin, daß die Sozialdemokratie an sich widerstandsfähiger erscheint; deshalb ist sie im Zweifelsfalle als der Hauptgegner anzusehen und zu behandeln.“ An einer anderen Stelle heißt es: „Man kann es bei der in Berlin herrschenden Erbitterung wohl verstehen, wenn dort die Konservativen im zweiten Wahlkreise beschloffen haben, durch Stimmhaltung Dr. Birchow zu Fall zu bringen.“ Die „Konservative Korrespondenz“, das amtliche Blatt der konservativen Partei, veröffentlichte damals folgende Parole: „Dort, wo bei den Stichwahlen nur Gegner der Heredvorlage unter sich in Frage kommen, muß an der alten konservativen Wahlparole: „Rein konservativer Mann darf einem Freisinnigen oder einem Sozialdemokraten keine Stimme geben“ unter allen Umständen festgehalten werden.“

Noch deutlicher war die freikonservative „Post“, in welcher mehrfach zur Wahl des Sozialdemokraten aufgefordert wurde. Es verfährt nicht im geringsten erwidert, wenn diese Aufforderungen in „Eingelände“ gelandet werden. In der „Post“ war zu lesen, daß „alle Vaterlandsfreunde, denen die Erhaltung des äußeren und inneren Friedens am Herzen liegt“, in der Stichwahl ohne Rücksicht auf ihre sonstige Stellung zur Sozialdemokratie für den Sozial-

demokraten Fischer und nicht für Birchow, den Freisinnigen, stimmen müßten. „Das Durchfallen Birchows in einem Berliner Reichstagswahlkreis würde überdies von eminenter allgemeiner Bedeutung und Tragweite sein.“ — Die der konservativen Partei nahestehenden „Berliner Politischen Nachrichten“ brachten einen heftigen Artikel gegen die Freisinnigen mit dem Rat, bei den Stichwahlen zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten „der Abweisung gegen die Freisinnige Volkspartei den Bügel schießen zu lassen.“ Die konservative Gesamtbewertung empfahl „völlige Wahlenthaltung“ bei den Stichwahlen in Berlin nicht nur, sondern ganz allgemein.

man mutmaßlich an die Ernennung der Herren v. Dallwitz und v. Schorlemer knüpfen muß, vermag diese Politik aber eine bessere Zukunft nicht zu erkennen. Man wird nicht sehr gehen, wenn man Herrn v. Dallwitz wie Herrn v. Schorlemer der streng konservativen Parteienanschauung zurechnet. Es mag sein, daß sie heute noch mit dem Ministerpräsidenten der Mission leben, sie könnten in rein reformfähiger Amtswahl über den Parteien regieren. Es wird die Zeit kommen, wo diese Lösung gerinnt, und dann, wenn sie sich entscheiden müssen, werden sie sich für die konservative Richtung entscheiden.

Der soziale Hauptausfluß des Landesverbandes liberaler Arbeitervereine Bayerns

hat in Sachen der Reichsversicherungsdienung eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, worin er sich vere Bedenken gegen das Gesetz geltend macht.

Die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Unfall-, Invaliden und Hinterbliebenenversicherung ist, so heißt es u. a., im Entwurfe außerordentlich gering. Bei der Krankenkassen schaltet der Entwurf den Einfluß der Arbeiter fast völlig aus. So haben die Angehörigen der Landkrankenkassen: die ländlichen Arbeiter, Dienstboten, Lehrlinge usw. überhaupt kein Mitbestimmungsrecht. Es wird keiner großen Kunst bedürfen, diese Kreise davon zu überzeugen, daß die ganze Einrichtung nur geschaffen sei, um ihnen Geld für Einstellung weiterer Beamten und Militäranwärter abzuknöpfen. Besonders wird dies dann der Fall sein, wenn die Versicherungskammer lediglich ein Zubehör der Landrats- und Bürgermeisterei sein sollen.

Dieser Mangel wird dadurch noch bedenklicher, daß die Beisitzer bei den Versicherungskammern, Oberversicherungsämtern aus den Kreisen der Beisitzer gewählt werden sollen.

Bei der Halbierung der Beiträge würden, so wird weiter dargelegt, die Arbeitgeber wohl regelmäßig einige Arbeiter in den Ausschuss bringen, die für sie stimmen würden; hierdurch würden die Klassen schlechterdings den Arbeitgebern ausgeliefert werden. Ebenso unannehmbar ist die Bestimmung, daß die Ausschüsse bestanden von Beamten, die ihm nicht vertrauenswürdig erscheint, eines Amtes entheben kann. Wir sind sicher, daß fast jeder Bestimmung allen unsern Mitgliedern im Osten Deutschlands die Bestätigung verjagt würde. Nach der Wegfall der Generalversammlung ist nur von dem Bestehen aus verständlich, den Einfluß der Arbeiterschaft zu brechen.

Der Ausschuss wünscht die unmittelbare Einführung der freien Arztwahl in der Weise, daß nur mit Genehmigung des Reichsversicherungsamtes besondere Verträge geschlossen werden dürfen.

Die Veteranenfürsorge.

Das Ergebnis der vor Wochenfrist im Reichstag abgehaltenen Vernehmung zwischen Vertretern der Regierung und je zwei Delegierten jeder Reichstagsfraktion ist, wie wir gemeldet haben, völlig negativ gewesen. Die Bemühungen für eine Verständigung wegen einer Werscheuener haben sich in dreifacher Richtung bewegt, und zwar gingen die — endgültig abgelehnten — Vorschläge hin: 1. auf eine allgemeine Kopfsteuer, 2. auf eine Sonderbesteuerung der nicht zur Einstellung gelangenden Leute, die zum einjährigen Dienst berechtigt sind, 3. auf eine Klassenweise abgestufte Kopfsteuer. Die Regierung hat daher — wie die „Mil.-pol. Korrespondenz“ erzählt — den Gedanken einer Werscheuener überhaupt fallen lassen. Die mit Nachdruck weiterbetriebenen Bemühungen der Reichsbehörden auf Verzichtung der Kriegsveteranen gehen nunmehr dahin, die zu dem jetzigen Veteranenbeihilfenaufwande (von 24 Millionen Mark) zusätzlich erforderlichen 7 bis 9 Millionen mit etwa 6 Millionen der Reichszunachsteuer zu ent-



...keit eingeleitet. Zunächst habe man immer noch auf eine Entwörung der Dinge gehofft. Da brachte das Ausschneiden Denkbürgs die erste Enttäuschung.

Weit über die Kreise des Liberalismus hinaus, so fährt das Blatt aus, hatte man überall da, wo man empfand, daß die Entfremdung und Entfremdung zwischen dem Bureautatismus und Affektorismus unserer Regierenden und dem schnell pulserenden Wirtschaftsleben der Nation immer größer wurde, den Eintritt dieses Geschäftsmannes in die Regierung als den Ausdruck neuer und besserer Zeiten begrüßt. Herr Denburg wurde ein populärer Mann und ist es heute mehr als je. Daß er sich freiwillig ausschiffte mit der ausdrücklichen Begründung, er könne bei dem gegenwärtigen Kurse nicht länger mitsteuern, deutete man im Lande als das erste Zeichen dafür, daß Herr v. Bethmann doch nicht gewillt sei, seine Theorie von der breiteren Grundlage in die Praxis zu übertragen. Dann folgte der Ministerwechsel in Preußen. Er kam etwas plötzlich, kam auch, vielleicht durch unglücklichen Zufall, zu schnell auf das Ausschneiden Denburgs, als daß es hätte vermieden werden können, daß die Art, wie diese Krise ihre Lösung fand, wiederum als Präfix für die Gefinnung des Herrn v. Bethmann und als maßgebend für seine parteipolitische Orientierung angesehen wurde. Daß das geschah, dazu scheint Herr v. Bethmann Hollweg selbst Anlaß gegeben zu haben, denn er soll Politiker, die sich zu seiner „breiteren Grundlage“ rechneten, wiederholt auf eine bessere Zukunft verdrößt haben. In den Folgen, die